



NEWSLETTER JULI

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

in weniger als drei Monaten entscheiden die Wählerinnen und Wähler über die Zusammensetzung des Deutschen Bundestages und der künftigen Bundesregierung und damit über die Richtung der Politik unseres Landes. Bündnis 90/DIE GRÜNEN haben im Juni auf dem Bundesparteitag ihr [Programm unter dem Motto „Zukunft wird aus Mut gemacht“](#) beschlossen. Das beschreibt, wie wir uns die zukünftige Entwicklung des Landes vorstellen. Umwelt und Klima stehen für uns angesichts der drängenden globalen Herausforderungen ganz oben an:

1.) **Deutschland beim Klimaschutz zum Vorreiter machen.**

Die Klimakrise wird zur Klimakatastrophe, wenn wir den Ausstoß von Treibhausgasen nicht drastisch reduzieren. Deshalb brauchen wir ein Klimaschutzgesetz mit dem Kohleausstieg, dem konsequenten Ausbau Erneuerbarer Energien und mehr Energieeffizienz. Spätestens 2050 wollen wir komplett klimaneutral sein.

2.) **Der E-Mobilität zum Durchbruch verhelfen**

Die Zeit des Verbrennungsmotors geht absehbar zu Ende. Die Zukunft des Autos ist emissionsfrei, vernetzt und digital. Neben dem massiven Ausbau des öffentlichen und des Radverkehrs wollen wir ab 2030 nur noch emissionsfreie Neuwagen zulassen.

3.) **Landwirtschaft nachhaltig machen – Natur schützen**

Im mehr Menschen wollen gesunde Lebensmittel, die im Einklang mit der Natur hergestellt werden. Deshalb brauchen wir eine nachhaltige Landwirtschaft ohne Massentierhaltung, Ackergifte und Gentechnik, die Tieren und Pflanzen auf Äckern und Wiesen auch noch Raum zum Leben lässt.

Es muss Schluss sein damit, sich nur zum Pariser Klimaabkommen zu bekennen, aber immer dann, wenn es konkret wird, nicht oder sogar den Zielen entgegengesetzt zu handeln. Deshalb gehört die Große Koalition abgewählt. Wir Grüne kämpfen dafür, mit einem starken Wahlergebnis als dritte Kraft in Deutschland in einer Bundesregierung unsere Ziele umzusetzen. Dass Grün den Unterschied macht zeigt sich bei einem [Vergleich der Koalitionsverträge von NRW \(schwarz-gelb\) und Schleswig-Holstein \(Jamaika\)](#): Ohne Grün geraten nicht nur, aber vor allem, Energiewende und Klimaschutz komplett unter die Räder. Das lässt sich für die Bundesebene nur mit Grün als drittstärkster politischer Kraft in Deutschland verhindern.

Was Engagement von Vielen bewegen kann, hat am 25. Juni die Region Aachen-Masstricht-Lüttich gezeigt: In einer 90-km-langen Menschenkette haben 50.000 Menschen ihrer Forderung nach Abschaltung der Schrottreaktoren Tihange und Doel in Belgien Nachdruck verliehen. [Hier gibt es Bilder und meinen kurzen Bericht von der Aktion.](#)

Viel Spaß beim Lesen meines Newsletters und eine erholsame Sommerpause wünscht Ihnen/euch

Mit herzlichen Grüßen
Ihr/euer

Oliver Krischer

Energie/Umwelt/Klima

- 1. Netzentgelte: Von der Reform bleibt höchstens ein Reförmchen**
- 2. Wind-Ausschreibungen müssen auf den Prüfstand**
- 3. Strukturwandel: nur noch 20.000 Braunkohlejobs in Deutschland**
- 4. Klimaabkommen: Trump isoliert die USA**
- 5. Merkel versagt beim Klimaschutz**

Agrar/Ernährung/Verbraucher

- 6. Gülle verunreinigt unser Trinkwasser**
- 7. 6-Punkte-Plan: Gemeinsam aus der Massentierhaltung aussteigen**
- 8. Naturschutzgesetz: Landwirtschaft nach ökologischen Kriterien**
- 9. Fusion Bayer-Monsanto**

Verkehr/ Bauen/ Wohnen

- 10. Grünes Sondervotum zum Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses Abgas**
- 11. Dobrindt legt geschönten CO2-Bericht vor**
- 12. Abgasskandal: Dobrindt unfähig zu Aufklärung**
- 13. Raserei + illegale Autorennen**
- 14. Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor bis 2030 ist machbar**

Energie/Umwelt/Klima

- 1. Netzentgelte: Von der Reform bleibt höchstens ein Reförmchen**

Von den angekündigten tiefgreifenden Reformen bei den Netzentgelten ist höchstens ein Reförmchen übriggeblieben. Das Netzentgeltmodernisierungsgesetz trägt seinen Namen völlig zu unrecht. Die Regierung verpasst damit die Chance, wichtige Änderungen bei den Netzentgelten vorzunehmen und die Flexibilisierung im Stromsektor anzureizen. Stattdessen handelt die Regierung weiter faule Kompromisse aus. Statt einer verlässlichen Regelung zu den Übertragungsnetzentgelten wird eine undurchsichtige Verordnungsermächtigung geschaffen, mit dem Erfolg, dass nun niemand weiß, ob, wann und was letztendlich tatsächlich vereinheitlicht wird. Und zu allem Überfluss bekommt Seehofer für Bayern als Dank für seine Erneuerbare-Energien-Blockade-Politik auch noch eine Gaskapazitätsreserve geschenkt, die von der gesamten Bundesrepublik bezahlt wird. Was wir von dem Gesetz der Koalitionäre halten, lesen sie [in unserem Antrag](#). Meine Rede im Plenum dazu findet sich [HIER](#).

- 2. Wind-Ausschreibungen müssen auf den Prüfstand**

Kaum ist die erste Ausschreibungsrunde für Windkraftanlagen an Land abgeschlossen, musste der Bundestag in der letzten Sitzungswoche vor der Wahl noch notdürftige Änderungen beschließen. Grund: Die von der Bundesregierung durchgesetzte Regelung zur Bürgerenergie hat sich gleich in der ersten Runde als untauglich erwiesen. Der Großteil der Windparks, die den Zuschlag bei der Ausschreibung bekamen, hat keine immissionsschutzrechtliche Genehmigung. Darum werden viele dieser Anlagen wohl gar nicht gebaut werden können – eine Ausfallquote von 50% steht zu befürchten; der Neubau von Windkraftanlagen würde ab 2019 drastisch einbrechen. Die notdürftige Lösung der Bundesregierung ist nun, diese Regelung für die nächsten zwei Ausschreibungsrunden auszusetzen. Wir haben zum Problem ein Fachgespräch durchgeführt und fordern: der Ausschreibungsmodus muss grundlegend repariert werden. Die Details und unseren eigenen Antrag zum Thema gibt es [HIER](#).

3. Strukturwandel: nur noch 20.000 Braunkohlejobs in Deutschland

Die Kohle hat keine Zukunft, nicht zuletzt, weil Deutschland nicht gleichzeitig Klimaschutzland werden und Kohleland bleiben kann. Alles andere ist Augenwischerei – auch und gerade zulasten der Menschen in den Kohleregionen, die mit dem Strukturwandel leben müssen. Weil Union, SPD und LINKE die Auseinandersetzung mit dem Thema scheuen und z.B. die Menschen in der Kohleregion Lausitz in der Luft hängen lassen, haben wir bereits Anfang des Jahres einen [Fahrplan Kohleausstieg](#) vorgelegt. In einer [aktuellen Studie](#) haben wir nun ermittelt, dass es in der Braunkohle-Branche nur noch maximal 20.000 direkte Arbeitsplätze gibt - etwa 9.000 im Rheinischen, 2.600 im Mitteldeutschen Revier und knapp 7.900 in der Lausitz. Dabei sind heute bereits 40 Prozent der im Bergbau Tätigen über 50 Jahre alt. Gleichzeitig gibt es in anderen Branchen einen starken Fachkräftemangel, der sich in Zukunft noch verschärfen wird. Mehr Infos dazu [HIER](#).

4. Klimaabkommen: Trump isoliert die USA

Trump handelt ignorant und verantwortungslos, wenn er jetzt aus dem Pariser Vertrag aussteigen will. Denn damit entzieht er sich seiner Verantwortung, nachfolgenden Generationen einen lebenswerten Planeten zu hinterlassen. Trump isoliert die USA aber auch bei der Ausgestaltung einer zukunftsfähigen Wirtschaft. Wichtige Player wie China, Indien oder Russland haben sich klar zum Pariser Abkommen bekannt. Und auch die USA sind nicht gleich Trump: Viele Bundesstaaten, wie z.B. Kalifornien oder New York, haben einen anderen Weg eingeschlagen und stehen zum Klimaschutz und dem Abkommen von Paris. Mehr Infos [HIER](#).

5. Merkel versagt beim Klimaschutz

Auch die Bundesregierung muss ihren schönen Worten jetzt endlich Taten folgen lassen, denn entgegen aller Sonntagsreden wird die Regierung Merkel ihr selbstgestecktes Ziel zum Klimaschutz krachend verfehlen. Ein engagiertes Umsteuern kann mit einem Notfallprogramm für den nationalen Klimaschutz gelingen, das den deutschen CO₂-Ausstoß auf 750 Millionen Tonnen reduziert. Wir haben darum einen [Antrag für wirksamen Klimaschutz](#) eingebracht, zu dem [Bärbel Höhn ihre letzte Rede im Plenum](#) gehalten hat. Die Bundesregierung muss sich jetzt entscheiden, ob sie der Trump-Regierung mit einer aktiven Klimaschutzpolitik im eigenen Land etwas entgegensetzen will, oder international weiter an Glaubwürdigkeit in Sachen Klimaschutz verlieren. Mehr Infos [HIER](#).

6. Gülle verunreinigt unser Trinkwasser

In Zukunft wird unser Trinkwasser wegen der industriellen Landwirtschaft teurer werden. Das zeigt eine [Studie des Umweltbundesamtes](#). Demnach steigt der Nitratgehalt aus den Stickstoffeinträgen der Landwirtschaft in einem Maße, dass Wasserbetriebe teure Maßnahmen ergreifen müssen, um Nitrat und Pflanzenschutzmittel wieder herauszufiltern. Oftmals können Wasserbetriebe noch auf tiefere oder neue Brunnen ausweichen, um verunreinigtes Wasser zu verdünnen, bis die gesetzlichen Grenzwerte wieder eingehalten werden. Doch das verschiebt das Problem nur nach hinten. Die Nitratwerte in den Grundwasserkörpern in Deutschland steigen weiter. Es hilft nur eine Maßnahme: Die Stickstoffeinträge in der Landwirtschaft müssen massiv verringert werden. Das geht nur mit einer nachhaltigen Landwirtschaft. Mehr Infos [HIER](#).

7. 6-Punkte-Plan: Gemeinsam aus der Massentierhaltung aussteigen

Immer wieder erreichen uns furchtbare Bilder von Tieren in Massentierhaltung. Immer mehr Bäuerinnen und Bauern können von den Preisen, die sie für ihre Erzeugnisse bekommen, nicht mehr leben. Zu viel Gülle auf den Feldern verunreinigt unser Grund- und Trinkwasser. Gründe genug für ein Umdenken in der Landwirtschaft und eine Abkehr von der Massentierhaltung. [Unser 6-Punkte-Plan zum Ausstieg aus der Massentierhaltung](#) war vor allem ein Angebot an den Deutschen Bauerntag. Mehr Infos [HIER](#).

8. Naturschutzgesetz: Landwirtschaft nach ökologischen Kriterien

Das Bundesnaturschutzgesetz ist die größte nationale Stellschraube für den Naturschutz. Angesichts des massiven Artensterbens in Deutschlands müsste daran unbedingt massiv gedreht werden. Doch die Mini-Novelle des BNatSchG, das die Bundesregierung uns vorgelegt hat, schlägt nur kosmetische Änderungen vor und nimmt die Landwirtschaft nach wie vor nicht in die Verantwortung. Dabei ist die industrielle Landwirtschaft der Hauptverursacher für Artenschwund und Naturzerstörung. Der überbordende Pestizideinsatz, kilometerlange Monokulturen und Wiesen und Weiden, die nicht mehr blühen, hinterlassen Landschaften ohne genug Insekten, Vögel und vielfältige Pflanzen. Wir fordern darum in unserem [Entschließungsantrag](#) eine stärkere Regelung der Landwirtschaft im Bundesnaturschutzgesetz. Mehr Infos [HIER](#).

9. Fusion Bayer-Monsanto

Die Fusion von Bayer-Monsanto soll im 2. Quartal 2017 bei der EU-Kommission zur Prüfung angemeldet werden. Damit würde der Chemie-Konzern Bayer den Wettbewerber Monsanto übernehmen, und nach den Fusionen von Dow-DuPont und Syngenta-ChemChina würden eine Handvoll Konzerne fast zwei Drittel des globalen Markts für Saatgut und Pestizide kontrollieren. Die Bundesregierung könnte diese Fusionsspirale stoppen: ein von uns in Auftrag gegebenes Gutachten kommt zu dem Schluss, dass Fusionen wie die von Bayer und Monsanto aus Umweltschutzgründen von der EU-Kommission verboten werden können. Mehr Infos dazu und das Gutachten [HIER](#).

10. Grünes Sondervotum zum Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses Abgas

Der Entwurf des Abschlussberichts der Großen Koalition ist eine absurde Reinwaschung von Autoindustrie und Bundesregierung, die wir Grüne nicht mittragen. Wir haben unsere Erkenntnisse daher in einem [eigenen Sondervotum](#) im Bericht veröffentlicht. Dieses zeigt die Versäumnisse der Bundesregierung klar auf. Der Abgas-Untersuchungsausschuss hat verdeutlicht, dass organisiertes Staatsversagen den Abgasbetrug in Deutschland ermöglicht hat. Die Tatsache von zu hohen Abgaswerten der Fahrzeuge auf unseren Straßen wurde von Regierung und Behörden jahrelang toleriert. Trotz Kenntnis von zum Teil extrem abweichenden Werten folgten keine Taten. Der Abgasskandal ist ein Skandal, der die gesamte Branche betrifft und auf den strukturelle Konsequenzen folgen müssen. Meine [Bundestagsrede](#) zum Abschluss des Untersuchungsausschusses und mehr Infos finden sich [HIER](#).

11. Dobrindt legt geschönten CO2-Bericht vor

Über ein Jahr des Drängens und des Nachfragens: Jetzt hat das Verkehrsministerium endlich einen [Zwischenbericht](#) bezüglich falscher CO2/ Spritverbrauchs – Angaben bei PKWs veröffentlicht. Im letzten Jahr waren bei Untersuchungen des Kraftfahrtbundesamtes 30 von 56 Autos aufgefallen, die im Prüflabor einen deutlich höheren Spritverbrauch hatten (zwischen 10 und 35%), als vom Hersteller angegeben. Bei den jetzt veröffentlichten Nachprüfungen wurde dann zu den Bedingungen der Hersteller getestet: Autos werden in Klimakammern vorgewärmt und Fahrer von Herstellern fahren den Prüfzyklus im Labor bei besonders niedrigen Motordrehzahlen. Das neue Ergebnis überrascht deshalb nicht: auf einmal halten alle Fahrzeuge die Herstellerangaben ein. Die Untersuchung ist nicht glaubwürdig und wieder ein Beispiel dafür, dass Dobrindt den Schutzpatron der Trickser und Täuscher in der Autoindustrie spielt. Ehrliche CO2-Werte bedeuten nämlich auch, dass die Auto-Hersteller Milliarden Euro an KfZ Steuern nachzahlen müssen.

12. Abgasskandal: Dobrindt unfähig zu Aufklärung

Mag der Untersuchungsausschuss auch offiziell beendet sein, der Abgasskandal läuft weiter und nimmt kein Ende. Betrug und geschönte Abgaswerte wurden von der Bundesregierung einfach zu lange toleriert. So wurden zuletzt neue Manipulationsfälle bei Audi und Porsche bekannt. Erneut wurden diese Fälle aber nicht etwa von Dobrindt und der ihm unterstehenden Untersuchungskommission aufgedeckt, sondern der Hersteller selber wies darauf hin. Das zeigt wieder ganz deutlich, dass Dobrindt einfach nicht aufklären will oder kann. Auch bei der Beseitigung der illegalen Abgasmanipulationen schaut der Verkehrsminister nicht so genau hin: verschiedene Medien berichten, dass VW-Fahrzeuge auch nach dem Software-Update längst nicht sauber sind. Mehr Infos und unsere Vorstellungen von echter Aufklärung finden sich [HIER](#).

13. Raserei + illegale Autorennen

2016 starben in Deutschland 3.214 Menschen im Straßenverkehr, fast 400.000 wurden verletzt. Dabei sind die Überschreitungen der zulässigen Höchstgeschwindigkeit und nicht situationsangepasstes Tempo unabhängig von dem Phänomen illegaler Autorennen eine der häufigsten Unfallursachen. Während CDU/SPD sich auf die Ankündigung von strengeren Strafen beschränken, zeigen wir mit unserem [Antrag](#), was zu tun ist, um Verkehrssicherheit und Lebensqualität in Stadt und Land zu verbessern. Mehr Infos und unsere Forderungen im Detail [HIER](#).

14. Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor bis 2030 ist machbar

Emissionsfreie Mobilität ab 2030 ist kein Wunschdenken, sie findet längst statt: Porsche will schon 2023 zur Hälfte E-Autos bauen und Volvo will ab 2019 nur noch Fahrzeuge mit Elektromotor vom Band rollen lassen. Die Zukunft der Mobilität braucht aber einen klaren politischen Rahmen. Ähnlich dem Strukturwandel im Energiesektor können wir die damit verbundenen Fragen zwar aufschieben, aber nicht aufhalten. Denn es geht um den Fortbestand eines wichtigen deutschen Industriesektors, und es geht um die existentielle Frage des Überlebens der Menschheit auf diesem Planeten. Wir Grüne stellen uns der Herausforderung und sagen, wie es gehen kann. Dazu haben wir einen [Antrag](#) gestellt, der die Bundesregierung mit 12 konkreten Maßnahmen zum Handeln auffordert. Meine Bundestagsrede dazu findet sich [HIER](#). In einem [Gastbeitrag](#) erläutert außerdem Toni Hofreiter, wie unser Ziel von emissionsfreier Mobilität 2030 erreicht werden kann.

Impressum: Oliver Krischer MdB - Platz der Republik 1 - 11011 Berlin.

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich auf der [Website von Oliver Krischer](#) dafür eingetragen haben. Kein Interesse mehr am Newsletter? Bitte eine kurze Email schicken.